

Internationales Baurecht
Akademische Monographie



Autor: Dmitry Semenovich Belkin
(ORCID: <https://orcid.org/0009-0003-1532-1958>)

Associate Professor (Dozent) für
Internationales Recht, Slawisch-
Griechisch-Lateinische Akademie,
Moskau, Russische Föderation. E-
Mail: dmitryb81@gmail.com

DOI: 10.64457/icl.de.ch27

Systematische Verknüpfung von Energiesicherheitsdogmatik und internationalem Bauvertragsrecht im Zeitalter transnationaler Infrastrukturnetze

Empfohlene Zitierweise: Dmitry Semenovich Belkin: Systematische Verknüpfung von Energiesicherheitsdogmatik und internationalem Bauvertragsrecht im Zeitalter transnationaler Infrastrukturnetze. In: Internationales Baurecht. Moskau: Slawisch-Griechisch-Lateinische Akademie, 2025. DOI: 10.64457/icl.de.ch27.

Dieses Kapitel beleuchtet die Wechselwirkungen zwischen umfassender internationaler Sicherheit und dem internationalen Bauvertragsrecht (ICCL). Anhand der Fälle Nord Stream, Colonial Pipeline und unterseeischer Datenkabel werden rechtliche Verwundbarkeiten gegenüber Sabotage, Cyberangriffen und geopolitischer Instabilität aufgezeigt. Die Analyse weist strukturelle Lücken in Systemen kollektiver Sicherheit sowie in FIDIC-Vertragsmustern nach, die heutige hybride Bedrohungen unzureichend

berücksichtigen. Aufbauend auf vergleichenden Studien von Klee, Koskeniemi und Yakovenko werden Reformoptionen entwickelt: Integration von Cyber- und Umweltstandards in Risikoklauseln, Einrichtung eines internationalen Monitorings und stärkere mehrstufige staatliche Kooperation. Deren Umsetzung verspricht höhere Rechtssicherheit, robuste Infrastruktur und verbesserte globale Energiesicherheit.

Das moderne System internationaler Sicherheit umfasst nicht nur militärische Aspekte, sondern auch wirtschaftliche und infrastrukturelle Verbindungen, die direkt mit internationalen Bauprojekten verknüpft sind. Solche Projekte haben erheblichen Einfluss auf die globale Stabilität und das friedliche Zusammenleben der Staaten, da sie eine umfassende rechtliche Regelung in einem zunehmend komplexen internationalen Umfeld erfordern. Fragen der kollektiven Sicherheit – einschließlich der Energiesicherheit und der rechtlichen Standardisierung von Infrastrukturprojekten – spielen in diesem Kontext eine entscheidende Rolle.

Große Infrastrukturprojekte wie die Gaspipeline „Nord Stream“ und Unterseekabel für Kommunikation zeigen anschaulich, wie Sicherheitsinteressen und rechtliche Regelungen ineinandergreifen. Infrastrukturprojekte berühren stets die Interessen ganzer Bevölkerungsgruppen, und ihre Beschädigung wirkt sich auf das Leben vieler Menschen in verschiedenen Staaten aus. Dieser rechtliche Ansatz, der die Wechselbeziehung von Gesellschaftsinteressen und den Interessen der Eigentümer globaler Infrastrukturprojekte berücksichtigt, ist hilfreich, um die tatsächlichen Geschädigten bei Entschädigungsforderungen im Falle von Schäden an solch großen Projekten zu ermitteln. Yarkov und Dolganichev (2020) verdeutlichen, dass Sammelklagen ein effektives Mittel zum Schutz der Rechte von Teilnehmern an großen Infrastrukturprojekten sein können, wenn massive Verletzungen durch vertragswidriges Verhalten von Auftragnehmern oder durch äußere Bedrohungen vorliegen (Jarkow und Dolganitschew, 2020). Diese Erkenntnisse können bei der rechtlichen Sicherung der Infrastruktur nützlich sein – insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit von Pipelines und Unterseekabeln –, da Sammelklagen dabei helfen, die Interessen aller betroffenen Parteien im Falle von Störungen durch Cyberangriffe oder andere äußere Einwirkungen effektiver zu verteidigen.

Angesichts dieser neuen Realitäten muss das internationale Recht kontinuierlich überprüft und an sich wandelnde Bedingungen angepasst werden, um die Wirksamkeit der Rechtsnormen und den Schutz der Interessen der Staaten zu gewährleisten. Die effektive Einhaltung internationaler Sicherheitsnormen setzt einen koordinierten Ansatz voraus. Ein solcher Ansatz muss sowohl nationale Interessen als auch internationale Verpflichtungen berücksichtigen und erfordert die Integration verschiedener Ebenen der Zusammenarbeit – sowohl universeller als auch regionaler Natur. Es ist wichtig zu betonen, dass Sicherheit nicht isoliert von globalen Prozessen betrachtet werden kann, da moderne Herausforderungen wie Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität und Umweltkatastrophen gemeinsame Anstrengungen auf allen Ebenen erfordern. Es muss ein System geschaffen werden, in dem nationale und internationale Aspekte der Sicherheit miteinander verknüpft und sich ergänzen, was entscheidend für die wirksame Umsetzung internationaler Rechtsnormen und Standards ist (Kulagin, 2021).

Im Zuge der sich wandelnden globalen Ordnung, wie von A. W. Jakowenko (2019) aufgezeigt, stehen moderne internationale Systeme vor Herausforderungen im Zusammenhang mit zunehmender Regionalisierung und der Schwächung traditioneller Kooperationsformen. Jakowenko weist auf eine Tendenz hin, wonach die angloamerikanische Dominanz abnimmt und die Positionen der Entwicklungsländer gestärkt werden, was flexiblere Sicherheitsmodelle und eine stärkere Rolle regionaler Strukturen erfordert (Jakowenko, 2019). Diese Schlussfolgerungen bestätigen die Notwendigkeit, neue rechtliche Mechanismen zum Schutz von Infrastrukturprojekten zu entwickeln, insbesondere angesichts von Cyberangriffen und Sabotage. Jakowenko spricht zudem von einem Übergang zu dezentralisierten und flexiblen Interaktionsformen, bei denen regionale Organisationen eine führende Rolle in der Schaffung nachhaltiger Rechtsrahmen übernehmen können. Dieser Ansatz wäre ein wichtiger Schritt zur Reform kollektiver Sicherheitssysteme, die wachsenden Herausforderungen ausgesetzt sind und sich an veränderte internationale Realitäten anpassen müssen.

Im 21. Jahrhundert spielen Energiequellen eine Schlüsselrolle für das stabile Funktionieren der Gesellschaft; sie bilden nicht nur die Grundlage der Wirtschaft, sondern auch den Rahmen für soziale Prozesse und die Verwirklichung von Menschenrechten und Freiheiten. Die Energiesicherheit

gewinnt angesichts der zunehmenden Bedrohungen der nationalen und internationalen Sicherheit, globaler Wirtschaftskrisen, bewaffneter Konflikte und Naturkatastrophen besondere Bedeutung (Kukeyev, 2024). In solchen Situationen rückt die Frage in den Vordergrund, die bestehenden Systeme kollektiver Sicherheit, einschließlich ihrer Energiesicherheitselemente, zu reformieren. Die aktuellen Herausforderungen im Energiebereich erfordern die Entwicklung neuer rechtlicher Mechanismen zum Schutz großer internationaler Infrastrukturprojekte. In diesem Kapitel wird untersucht, wie die rechtliche Sicherung eines umfassenden internationalen Sicherheitssystems eng mit dem internationalen Bauvertragsrecht (ICCL) verknüpft ist und wie die bestehenden rechtlichen Mechanismen angesichts aktueller und zukünftiger Bedrohungen durch internationale Bauprojekte – insbesondere im Energiesektor – verbessert werden können.

Eine der bedeutendsten Herausforderungen im Energiebereich des 21. Jahrhunderts ist die Cyber-Bedrohung, die in den letzten Jahren alarmierende Ausmaße angenommen hat. Laut einer Studie der Europäischen Agentur für Cybersicherheit (ENISA) werden Cyberangriffe auf Energieinfrastruktur nicht nur komplexer, sondern auch organisierter, was eine ernsthafte Gefahr für die nationale und internationale Sicherheit darstellt. Ein hervorstechendes Beispiel für dieses Phänomen war der Angriff auf die Colonial Pipeline in den USA im Jahr 2021. Durch diesen Angriff wurde eines der größten Kraftstoffversorgungssysteme der USA lahmgelegt, was erhebliche Versorgungsstörungen an der Ostküste der USA zur Folge hatte und zahlreiche Verbraucher und Unternehmen betraf. Dieser Vorfall war wegweisend im Kontext der Cyber-Bedrohungen, da er eindrucksvoll verdeutlichte, wie anfällig Energiesysteme für moderne Cyberangriffe sind und wie wichtig es ist, dass die Rechtsmechanismen den Schutz solcher kritisch wichtiger Einrichtungen gewährleisten.

Ein effektives rechtliches Regime im Bereich der internationalen Sicherheit erfordert daher einen umfassenden Ansatz, der mehrere Schlüsselemente umfasst. Erstens müssen neue Sicherheitsstandards entwickelt und eingeführt werden, die die modernen Herausforderungen berücksichtigen, wie etwa weltweite Bedrohungen im Zusammenhang mit Terrorismus, Cybersicherheit und Klimawandel. Diese Standards müssen flexibel und

anpassungsfähig sein, um den sich dynamisch ändernden Bedingungen der internationalen Politik und Wirtschaft gerecht zu werden.

Zweitens ist eine aktive Zusammenarbeit zwischen Staaten auf internationaler Ebene ein wesentlicher Bestandteil eines erfolgreichen rechtlichen Regimes. Diese Zusammenarbeit sollte den Informationsaustausch, gemeinsame Übungen und Trainings sowie die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Vermeidung und Bewältigung von Krisensituationen umfassen. Nachhaltige internationale Beziehungen, die auf Vertrauen und gegenseitiger Verantwortung beruhen, bilden das Fundament eines effektiven Sicherheitssystems. Darüber hinaus ist die Integration bestehender Rechtsnormen und Mechanismen ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Rechtsstabilität. Dies erfordert nicht nur die Harmonisierung nationaler Gesetze mit internationalen Standards, sondern auch die Schaffung neuer Rechtsinstrumente, die in der Lage sind, effektiv auf neu auftretende Bedrohungen zu reagieren. Die Umsetzung dieses umfassenden Ansatzes ist von entscheidender Bedeutung, um künftigen Herausforderungen im Bereich der internationalen Sicherheit erfolgreich zu begegnen (ENISA, 2021).

Diese Untersuchung basiert auf einer detaillierten Analyse internationaler Rechtsnormen, einschließlich Verträgen zur kollektiven Sicherheit und gesetzlicher Dokumente zum Schutz internationaler Infrastrukturprojekte. Dabei wurden die Arbeiten führender Experten herangezogen, wie etwa die von L. Klee (2018), die sich in ihrem Buch *International Construction Contract Law* auf die Besonderheiten internationaler Bauverträge konzentriert, und Martti Koskeniemi (2006) mit seiner Studie *From Apology to Utopia: The Structure of International Legal Argument*, die die Struktur internationaler Rechtsargumente und die Fragmentierung des Völkerrechts untersucht. Besonderes Augenmerk gilt konkreten Präzedenzfällen wie den Nord-Stream-Projekten und der Sicherheit von Unterseekabelsystemen, um reale Beispiele für die Integration von Sicherheitsmechanismen in internationale Bauverträge zu analysieren.

Das Problem politischer Instabilität im Energiesektor erfordert ebenfalls eine angemessene rechtliche Regelung. Ein eindrucksvolles Beispiel für den Einfluss politischer Konflikte auf die Energiesicherheit ist die Lage im Nahen

Osten. Regionale Konflikte, wie der Bürgerkrieg in Syrien, haben erhebliche Auswirkungen auf Öl- und Gastransportrouten sowie auf die Stabilität der globalen Energiemärkte (Ahmed, o. J.). Insbesondere der syrische Konflikt hat die politische und wirtschaftliche Stabilität der Ländern in der Region beeinträchtigt, was die Notwendigkeit unterstreicht, internationale Rechtsmechanismen zu schaffen, die negative Folgen politischer Instabilität für die Energieversorgung minimieren können.

Im Rahmen des Völkerrechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, liegt der Schwerpunkt auf der Verpflichtung der Staaten zur Zusammenarbeit, um internationalen Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Von zentraler Bedeutung für das kollektive Sicherheitssystem sind dabei Infrastrukturprojekte, insbesondere Transport- und Energie-Pipelines sowie Kommunikationskabel. Diese Elemente sind nicht nur für die globale Wirtschaft von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die Gewährleistung internationaler Sicherheit. So ist beispielsweise die „Nord Stream“-Gaspipeline Gegenstand zahlreicher internationaler Auseinandersetzungen und politischer Sanktionen geworden, was ihre strategische Bedeutung und die Fragilität der internationalen Beziehungen in diesem Bereich hervorhebt. Internationale Sicherheit ist vielschichtig: Während einige Länder der Energiesicherheit den Vorrang einräumen, betrachten andere die Möglichkeit, ihre geistig-moralischen Werte zu schützen, als integralen Bestandteil der internationalen Sicherheit. In Russland sind Fragen der internationalen Sicherheit eng mit dem Schutz der nationalen Identität und Souveränität verknüpft (Karpowitsch, 2024).

Große Staaten haben nationale Prioritäten der Sicherheit in ihren Gesetzen festgelegt. So hat Russland die Bewahrung von Moral und spirituellen Werten als Prioritäten verankert, während in den USA und Deutschland Mechanismen existieren, die Fragen im Zusammenhang mit Energieressourcen und deren Nutzung regeln. Eine solche gesetzliche Regelung schafft klare Rahmenbedingungen für die staatliche Politik in diesen Bereichen und ermöglicht es, Risiken im Zusammenhang mit externen und internen Bedrohungen zu minimieren.

Die Energiesicherheit ist eng mit ökologischen Fragen verbunden, sodass es notwendig wird, Umweltstandards in die Gesetzgebung für den

Energiesektor zu integrieren. Ökologische Katastrophen wie die Nuklearkatastrophe von Fukushima (2011) haben anschaulich gezeigt, wie gefährlich Energiesysteme ohne angemessene Schutzmaßnahmen und Kontrollen sein können. Nach diesem Vorfall hat die internationale Gemeinschaft ihre nuklearen Sicherheitsansätze aktiv überdacht, was zur Einführung neuer Sicherheitsstandards des Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) führte (IAEA, 2015). Dieses Beispiel verdeutlicht, dass der Schutz der Energieinfrastruktur nicht nur rechtliche, sondern auch ökologische Aspekte berücksichtigen muss, was wiederum aktive internationale Zusammenarbeit und Abstimmung der Maßnahmen auf globaler Ebene erfordert.

Moderne Herausforderungen wie Akte des Öko-Terrorismus und Versuche, die Funktionsweise kritischer Infrastruktur zu stören, sind wesentliche Faktoren, die die Grundlagen des Völkerrechts untergraben und die internationale Sicherheit gefährden. Diese Ereignisse gefährden nicht nur die Sicherheit von Energieanlagen, sondern schaffen auch zusätzliche rechtliche Komplexitäten, die eine Überprüfung und Anpassung bestehender internationaler Normen und Standards erfordern (Paramusowa, 2020). Ein besonders anschauliches Beispiel ist das Kernkraftwerk in Saporischschja, wo die Zahl der Sabotageversuche in jüngster Zeit zugenommen hat und erhebliche Besorgnis auf nationaler und internationaler Ebene ausgelöst hat.

Die Anwendung von Sicherheitsausnahmeklauseln in internationalen Verträgen, einschließlich der WTO-Regeln, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle beim Schutz von Bauprojekten vor externen Bedrohungen. Jüngste Studien, wie etwa die von Boklan und Murashko (2023), zeigen, dass eine weite Auslegung dieser Ausnahmeklauseln internationale Krisen verschärfen kann, da Staaten die Bestimmungen missbrauchen könnten, um protektionistische Maßnahmen zu rechtfertigen. Für Infrastrukturprojekte wie Unterseekabel und Pipelines birgt dies das Risiko rechtlicher Unsicherheit und erfordert strengere internationale Sicherheitsstandards (Boklan und Muraschko, 2023).

Die Bedeutung der Koordination zwischen Staaten im Energiebereich wird zunehmend deutlich und wird durch Erfahrungen der EU und der OECD bestätigt. Diese Organisationen entwickeln rechtliche und institutionelle

Mechanismen, die einen effizienteren Austausch von Informationen, Technologien und bewährten Verfahren zwischen den Staaten fördern. Die Europäische Union hat beispielsweise eine Richtlinie zur Energiesicherheit erlassen, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, im Falle einer Energiekrise gemeinsam zu handeln, um ihre Energiesysteme gemeinsam zu schützen und die Anfälligkeit gegenüber externen Bedrohungen zu verringern (Europäische Kommission, 2019).

Um die entstehenden Herausforderungen in der Energiesicherheit zu lösen, sind umfassende Maßnahmen und eine aktive Zusammenarbeit zwischen Staaten und internationalen Organisationen erforderlich. Öl- und Erdgas-Pipelinesysteme gelten traditionell als besonders zuverlässig. Für die postsowjetischen Staaten war ein solches System lange Zeit alternativlos. Es wurde bereits in der Sowjetzeit geschaffen und verband Russland mit entfernten Regionen der Unionsrepubliken. Durch diese Pipelines wurden sowjetische Öl- und Gasressourcen nach Westeuropa geliefert, und die Zuverlässigkeit dieser Lieferungen wurde niemals infrage gestellt. Selbst in Zeiten des Kalten Krieges, trotz erhöhter internationaler Spannungen, galten Fragen zu Pipelines nicht als Teil der Energiesicherheitsproblematik. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Hauptlieferwege durch neue Pipelines ergänzt. Dies machte es für Russland und die neu unabhängigen Staaten mit entsprechenden Exportpotenzialen notwendig, neue Gas- und Ölpipelines zu bauen, um neue Märkte zu erschließen oder den Zugang zu bestehenden Märkten zu erweitern. Diese Projekte sollten den Zugang zu neuen Märkten ermöglichen oder den Zugang zu bestehenden Märkten ausweiten. Lokale Unfälle oder Sabotageakte an Pipelines, wie die Sprengung der „Davletbat-Dariali“-Pipeline im Jahr 2009 (Teil des Systems „Zentralasien-Zentrum“), stellten keine Gefahr für das Gesamtsystem dar und konnten in der Regel rasch behoben werden (Deutsche Welle, 2009). Der Sabotageakt an den Pipelines „Nord Stream 1“ und „Nord Stream 2“ am 26. September 2022 veränderte jedoch die Sicherheitslage im Bereich der Energiesicherheit grundlegend. Dieser Vorfall schuf neue Herausforderungen für das internationale Rechtssystem und bestehende Abkommen.

Die Ereignisse rund um die Sprengung der Nord Stream-Pipelines haben die Problematik der Sicherheit strategischer Infrastrukturprojekte weiter

verschärft. Im Jahr 2023 wurden weitere Sabotageakte festgestellt, was den Druck auf die internationale Gemeinschaft verstärkte. Bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats im Oktober 2024 legte Russland aktualisierte Vorschläge zur Stärkung rechtlicher Schutzmechanismen für Infrastruktur vor. Dazu gehörten verbindliche Sicherheitsstandards und die Einrichtung einer internationalen Überwachungsbehörde. In den folgenden Diskussionen wurden erste Schritte unternommen, um neue internationale Abkommen zur Verhinderung ähnlicher Vorfälle zu entwickeln. Dennoch zieht sich der Prozess der Umsetzung und Abstimmung neuer Rechtsnormen in die Länge, was die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen für eine schnelle Reaktion auf aktuelle Bedrohungen unterstreicht.

Der Vorfall an den Nord Stream-Pipelines hat erhebliche Defizite in den internationalen Rechtsmechanismen zur Absicherung von grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten offenbart. Diese Projekte, die für die Energiesicherheit der Länder von lebenswichtiger Bedeutung sind, sind häufig Risiken ausgesetzt, die sowohl mit politischer Instabilität in den Transitregionen als auch mit Sabotageakten zusammenhängen. Es ist daher erforderlich, umfassendere und wirksamere rechtliche Maßnahmen umzusetzen. L. Klee schlägt vor, die universellen Prinzipien der FIDIC-Verträge als Mechanismen einheitlicher Normen zu nutzen, die den notwendigen rechtlichen Durchblick für Teilnehmer am Bau und Betrieb großer Infrastrukturprojekte garantieren können (Klee, 2018). Insgesamt ist vor dem Hintergrund außenpolitischer Konflikte eine Verbesserung rechtlicher Standards und Mechanismen erforderlich, um die Sicherheit wichtiger Infrastruktur wie Gas- und Ölpipelines sowie Leitungen zu gewährleisten.

Neben Pipelines bleiben Unterseekabelsysteme ein Schlüsselement der globalen Infrastruktur, das Kommunikation zwischen Kontinenten und Datentransfers ermöglicht. Im Jahr 2024 wurden neue Fälle von Cyberangriffen und physischen Schäden an diesen Systemen festgestellt, was die Notwendigkeit zusätzlicher Schutzmaßnahmen verdeutlichte. Die internationalen Rechtsnormen wurden unter Berücksichtigung neuer Bedrohungstypen überprüft, und auf einem jüngsten Gipfel internationaler Telekommunikationsorganisationen wurden aktualisierte Sicherheitsstandards für Unterseekabel eingeführt. Diese Standards umfassen

verbindliche Maßnahmen zur Cybersicherheit und physischen Sicherheit sowie die Einrichtung spezialisierter internationaler Agenturen zur Überwachung und Reaktion auf Vorfälle. Gemäß einem UN-Bericht über Unterseekabelvorfälle (UNEP-WCMC, 2022) tragen solche Maßnahmen dazu bei, die Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur gegenüber modernen Bedrohungen zu erhöhen, und erfordern eine aktive internationale Zusammenarbeit für ihre effektive Umsetzung.

Eine detaillierte Analyse der rechtlichen Regulierung im Bereich des internationalen Bauvertragsrechts (ICCL) muss sich auf die Schlüsselfiguren konzentrieren, auf deren Hoheitsgebiet die Energieinfrastruktur betrieben und gebaut wird. Pipeline-Systeme beispielsweise spielen eine wichtige Rolle bei der Lieferung von Energieressourcen aus exportierenden Ländern – wie Russland, Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan – an externe Märkte außerhalb des postsowjetischen Raums. Russische internationale Pipelines verbinden das Land insbesondere mit der Europäischen Union und China. So verlaufen durch die Ukraine die Pipelines „Urengoy–Pomary–Uzhgorod“, „Bratstvo“ und „Progress“, welche über lange Zeit die Hauptgaslieferungen nach Europa sicherstellten. Auch die Jamal–Europa-Pipeline, die durch Belarus führt, ist von großer Bedeutung (Gazprom Export, o. J.). Unter den gegenwärtigen Bedingungen gewinnt die türkische Exportroute für russisches Erdgas zunehmend an Bedeutung (Gazprom, o. J.).

Bezüglich des Öltransports nach Europa gelangen etwa zwei Drittel der russischen Öllieferungen nach Europa über Belarus (RIA Nowosti, 2009). Strategisch wichtig ist auch die Pipeline des Kasachstanischen Pipeline-Konsortiums (CPC) von über 1500 km Länge, das die Ölfelder im Westen Kasachstans mit einem Meeresterminal bei Noworossijsk im Schwarzen Meer verbindet. Dieser Weg transportiert neben kleinen Mengen russischen Öls über ein Drittel der kasachischen Ölexporte und unterstreicht damit seine Bedeutung für die Stabilität der Energieversorgung in der Region und darüber hinaus (Kaspisches Pipeline-Konsortium, o. J.).

Es wurde festgestellt, dass das bestehende System der rechtlichen Sicherung internationaler Sicherheit nicht effektiv in die Normen des ICCL integriert ist. Die Analyse von Beispielen wie den Nord Stream- und Colonial Pipeline-

Projekten hat erhebliche Lücken in den internationalen Rechtsmechanismen offengelegt, die keine umfassende Rechtssicherheit unter modernen Bedrohungen gewährleisten können. Die festgestellten Defizite hängen mit dem Fehlen internationaler Rechtsnormen zusammen, die die rasante technologische Entwicklung und die veränderte Natur internationaler Konflikte berücksichtigen. Die derzeitigen Standardverträge der FIDIC enthalten keine angemessenen Maßnahmen zur Bewältigung neuer Arten von Bedrohungen, was eine Rechtsunsicherheit für die Teilnehmer von Infrastrukturprojekten schafft und die Risiken für die internationale Sicherheit erhöht.

Aus der durchgeführten Analyse kann geschlossen werden, dass neue Rechtsnormen und Mechanismen entwickelt und implementiert werden müssen, die den aktuellen wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Realitäten Rechnung tragen. Dies bedeutet, Umwelanforderungen in die Gesetzgebung für Energieprojekte zu integrieren und Rechtsinstrumente zum Schutz der Infrastruktur vor Cyberbedrohungen und Sabotage zu schaffen. Es wird empfohlen, die Koordination zwischen Staaten und internationalen Organisationen zu verstärken, um widerstandsfähigere und flexiblere Rechtsrahmen zu bilden. Insbesondere sollte die Aktualisierung der FIDIC-Standardverträge im Hinblick auf moderne Bedrohungen durchgeführt werden, um ein höheres Maß an Rechtssicherheit und Risikoverteilung zu gewährleisten.

Die Schaffung spezialisierter internationaler Agenturen, die für die Überwachung und den Schutz von Infrastrukturprojekten zuständig sind, erscheint ebenfalls sinnvoll, um aufkommende Risiken schnell zu bewältigen. Eine tiefere Integration internationaler Sicherheitsnormen mit dem internationalen Bauvertragsrecht wird ein transparentes System der Verantwortlichkeitszuweisung für alle Beteiligten beim Bau und Betrieb großer Infrastrukturprojekte schaffen. Dies wiederum wird die Nachhaltigkeit und Vorhersehbarkeit im Bereich internationaler Investitionen und Bauvorhaben fördern und zur Stärkung der globalen Stabilität und Energiesicherheit beitragen.

Hinweis zur Veröffentlichung der wichtigsten Forschungsergebnisse

Wissenschaftliche Fachrichtung: 5.1.5. Internationale Rechtswissenschaften.

Rechtliche Gewährleistung eines Systems umfassender internationaler Sicherheit. Abrüstung und Völkerrecht. Systeme kollektiver Sicherheit.

Die wichtigsten Forschungsergebnisse wurden im folgenden begutachteten Aufsatz veröffentlicht: Белкин, Д. С. Правовое обеспечение системы всеобъемлющей международной безопасности и международное строительное контрактное право: вызовы и решения / Д. С. Белкин // Международный научный вестник. – 2024. – № 12. – С. 169-176. – EDN TIAOED. EDN: TIAOED

Literaturverzeichnis

1. Boklan, D. S., & Murashko, E. A. (2023). Gefährliche WTO-Praxis: Auslegung der Sicherheitsausnahme im Streit USA – Kennzeichnungsanforderungen. Zhurnal VShE po mezhdunarodnomu pravu, 1(2), 113–123.
2. Karpovich, O. G. (2024). Die Rolle Russlands bei der Verteidigung traditioneller geistig-moralischer Werte im Kontext der modernen Weltentwicklung. Rossiya i mir: nauchnyi dialog, 2, 39–51.
3. Klee, L. (2018). Internationales Bauvertragsrecht. John Wiley & Sons.
4. Koskeniemi, M. (2006). Von der Entschuldigung zur Utopie: Die Struktur völkerrechtlicher Argumentation. Cambridge University Press.
5. Kukeyev, A. K. (2024). Staatliche Politik zur Gewährleistung der Energiesicherheit in Auslandsländern: verfassungsrechtlicher Aspekt. Bulletin of the Karaganda University “Law Series”, 11429(2), 48–59.
6. Kulagin, V. M. (2021). Zeitgenössische internationale Sicherheit: Lehrbuch. KnoRus.

7. Paramuzova, O. G. (2020). Zeitgenössische völkerrechtliche Probleme der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes. *Evrasiiskaya integratsiya: ekonomika, pravo, politika*, 2(32), 56–64.
8. Yakovenko, A. V. (2019). Warum die Welt für uns immer weniger vorhersehbar wird. *Diplomaticheskaya sluzhba*, 3, 16–19.
9. Yarkov, V. V., & Dolganichev, V. V. (2020). Sammelklagen: Ein rechtsvergleichender Überblick. *European and Asian Law Review*, 1, 118–133.

© 2025 Internationales Baurecht